

BÜRGERPROGRAMM
KREIS
PADERBORN





BÜRGERFORUM PADERBORN



ZUSAMMEN FÜR UNSERE REGION – GUT FÜR MICH – GUT FÜR DICH – GUT FÜR ALLE!

Das BürgerForum 2011 – Zukunft braucht Zusammenhalt. Vielfalt schafft Chancen.	04
Der Weg zum BürgerForum	06
So funktioniert die Online-Plattform	08
Wie können wir den gesellschaftlichen Zusammenhang in Deutschland fördern?	10
Vorschlag Ausschuss Solidarität und Gerechtigkeit	12
Vorschlag Ausschuss Demokratie und Beteiligung	14
Vorschlag Ausschuss Familiäre Lebensformen	16
Vorschlag Ausschuss Integration	18
Vorschlag Ausschuss Bildung	20
Vorschlag Ausschuss Demografie	22

Impressum

 Eine Initiative des Bundespräsidenten mit:
| BertelsmannStiftung  Heinz Nixdorf Stiftung

© BürgerForum 2011
c/o Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256 · 33311 Gütersloh
www.buergerforum2011.de

Verantwortlich:
Dr. Robert B. Vehrkamp · Dr. Dominik Hierlemann
Anna Wohlfarth · Lars Thies
Redaktion: Pia-Annabelle Wischnat

Gestaltung und Lektorat:
SCHMITZ WG Corporate Communication GmbH · www.schmitz-wg.com

Fotos: Maja Metz (Titel), Reinhard Feldrapp (S. 3), Rafael Herlich (S. 11)
Kreis Paderborn (S. 6, 13, 15, 17, 19, 21, 23)

Wir bitten um Verständnis, dass in der Regel auf die explizite Nennung der weiblichen Sprachform verzichtet wurde. Frauen und Männer sind immer gleichermaßen gemeint.



Bundespräsident Christian Wulff eröffnete das BürgerForum 2011 mit einer Rede in Naila im Landkreis Hof. Die Rede wurde live in die anderen 24 Regionen übertragen.

DAS BÜRGERFORUM 2011 – ZUKUNFT BRAUCHT ZUSAMMENHALT. VIELFALT SCHAFFT CHANCEN.

Das BürgerForum 2011 ist eine Initiative des Bundespräsidenten Christian Wulff mit der Bertelsmann Stiftung und der Heinz Nixdorf Stiftung. In 25 Städten und Landkreisen in Deutschland wurden jeweils 400 nach einem Zufallsverfahren ausgewählte Bürger eingeladen mitzudiskutieren. Bundesweit beteiligten sich so 10.000 Bürger an der Diskussion.

Die Kluft zwischen Wählern und Gewählten hat sich vergrößert. Deshalb ist es wichtig, Brücken zwischen den Bürgern und den politisch Verantwortlichen zu schlagen und ein gemeinsames, verantwortliches Handeln zu initiieren. Auch die Gesellschaft treibt heute an vielen Stellen auseinander: Davon zeugt der Gegensatz zwischen Jung und Alt, die Kluft zwischen Arm und Reich, die unzureichende Integration von Migranten. Wie wollen die Menschen in Deutschland vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen künftig zusammenleben?

Unter der Überschrift „Zukunft braucht Zusammenhalt. Vielfalt schafft Chancen.“ haben die Teilnehmer zu dieser Frage in sechs thematischen Ausschüssen gearbeitet (siehe Abbildungen unten).

Das Ergebnis des BürgerForums 2011 sind 25 regionale BürgerProgramme, mit jeweils einem konkreten Vorschlag zu jedem Ausschussthema. Alle Teilnehmer wählen außerdem einen der regionalen Vorschläge pro Thema in ein bundesweites BürgerProgramm. Am 28. Mai übergeben sie dieses BürgerProgramm an den Bundespräsidenten und stellen es der Öffentlichkeit vor.

So wurde der Kreis Paderborn Teil des BürgerForums

Im Herbst 2010 wurden alle Landkreise in Deutschland, alle kreisfreien Städte und alle Städte mit mehr als 80.000 Ein-

wohnern zur Mitwirkung am BürgerForum 2011 eingeladen. Über 160 Städte und Landkreise hatten sich beworben. Aus allen Bewerbungen wurden schließlich per Losverfahren 25 Regionen ausgewählt. Der Kreis Paderborn war dabei!

So wurden die Teilnehmer ausgewählt

Für jeden Teilnehmer begann das BürgerForum mit einem Anruf. Die 400 Bürger aus Paderborn wurden durch eine zufällige Stichprobe aus dem Telefonregister ausgewählt und zum BürgerForum eingeladen. Ziel der Zufallsauswahl war, dass die Teilnehmer die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln und dass eine möglichst große Zahl an unterschiedlichen Meinungen und Erfahrungen in die Diskussion und in die Vorschläge einfließt.



Solidarität und Gerechtigkeit



Demokratie und Beteiligung



Familiäre Lebensformen



Integration



Bildung



Demografie



DER WEG ZUM BÜRGERPROGRAMM

Meistens treffen sich Menschen entweder auf politischen Veranstaltungen oder sie diskutieren im Internet, häufig ohne einander zu kennen. Die Besonderheit des BürgerForums ist es, beides miteinander zu verbinden: Das Bürger-Programm ist ein Ergebnis, das von den Teilnehmern sowohl auf Veranstaltungen als auch online erarbeitet wurde.

Auftakt

Begonnen haben die Teilnehmer des BürgerForums mit der Arbeit auf einer

Auftaktveranstaltung am 12. März 2011. Alle sechs Ausschüsse eines regionalen BürgerForums kamen hier jeweils zusammen. Die Mitglieder eines Ausschusses hatten die Gelegenheit, sich persönlich kennenzulernen und einen ganzen Tag lang intensiv zu arbeiten. In Diskussionen und Abstimmungen in kleinen Runden traf jeder Ausschuss erste inhaltliche Festlegungen für das BürgerProgramm. Unter dem Titel „Herausforderung“ haben die Teilnehmer das jeweils größte gesellschaftliche Problem oder die wichtigste Entwick-

lung in ihrem Ausschussthema identifiziert und gemeinsam in wenigen Sätzen festgehalten.

In einem zweiten Schritt haben sie stichpunktartig erste Vorschläge formuliert, wie der Herausforderung begegnet werden kann.

Zeitgleich nahmen die Teilnehmer des BürgerForums 2011 in allen Regionen die Arbeit auf. Mit einer Rede in Naila im Landkreis Hof, die in alle anderen Regionen übertragen wurde, eröffnete Bundespräsident Christian Wulff das BürgerForum.

Online-Diskussion

Die Ergebnisse des Auftakts nahmen die Teilnehmer mit in die Online-Diskussion. Innerhalb von zwei Wochen haben sie die einzelnen Vorschläge weiter ausgearbeitet und schließlich per Abstimmung in jedem Ausschuss den überzeugendsten Vorschlag ausgewählt. In den folgenden drei Wochen der Online-Diskussion wurde an dem ausgewählten Vorschlag weitergearbeitet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Details des Vorschlags sowie seine Vor- und Nachteile diskutiert und schließlich den Text formuliert, wie er hier im BürgerProgramm zu lesen ist. Vier sogenannte Online-Moderatoren haben in dieser Zeit darauf geachtet, dass die Diskussion fair und sachlich verläuft.

BürgerRedakteure schreiben die Texte

Wie konnten 60 oder 70 Menschen in jedem Ausschuss an einem gemeinsamen Text schreiben? Die Antwort ist: Nicht jeder arbeitete selbst am Text. Das Formulieren des Vorschlags übernahmen sogenannte BürgerRedakteure. Sie waren selbst auch Teilnehmer des BürgerForums, hatten aber eine besondere Rolle übernommen. Pro Ausschuss gab es zwei BürgerRedakteure mit dieser verantwortungsvollen Aufgabe: Alle Mitglieder eines Ausschusses konnten Kommentare, Änderungen und Ergänzungen zu einem Vorschlag und zu einzelnen Textabschnitten machen. Die Bürger-Redakteure haben dann aus diesen Kommentaren und Anmerkungen die zusammenhängenden Texte für das BürgerProgramm formuliert.

Der Tag des BürgerForums

Auf einer zweiten Veranstaltung am 14. Mai in allen 25 Regionen wurden die Ergebnisse in Form des vorliegenden BürgerProgramms der Öffentlichkeit vorgestellt und mit Vertretern von Politik und Gesellschaft diskutiert.

SO FUNKTIONIERT DIE ONLINE-PLATTFORM

Die Online-Plattform des BürgerForums ist der zentrale Arbeitsbereich des BürgerForums. Hier arbeiten 10.000 Teilnehmer gemeinsam an 25 regionalen BürgerProgrammen und an einem bundesweiten BürgerProgramm. Die Teilnehmer jedes der 25 regionalen BürgerForen diskutieren zunächst auf einer eigenen Plattform unter sich. Für die Wahl der Vorschläge in das bundesweite BürgerProgramm werden die 25 einzelnen Plattformen miteinander vernetzt. Die Online-Plattform wurde eigens für das Projekt entwickelt und enthält eine Reihe von Funktionen, die den Teilnehmern ermöglicht, online zu diskutieren und gemeinsam an konkreten Texten zu arbeiten.

Gesicht zeigen

Bei der Auftaktveranstaltung hatten sich viele Teilnehmer bereits kennengelernt und auch online sollten sie sich, anders

als bei vielen anderen politischen Diskussionen im Internet, nicht anonym austauschen. So stehen die Teilnehmer des BürgerForums mit ihrem Namen und einem Foto zu ihren Diskussionsbeiträgen. Eine persönliche Nachrichtenfunktion ermöglicht den Austausch untereinander auch abseits der inhaltlichen Diskussion.

Kommentare und Anmerkungen

Die Arbeit an den gemeinsamen Texten verläuft nicht in der offenen Struktur eines Internet-Forums, in dem alle Beiträge untereinander erscheinen. Direkt am Text arbeiten nur die BürgerRedakteure. Die anderen Teilnehmer schreiben Kommentare und Anmerkungen dazu, die sich direkt auf eine bestimmte Textpassage beziehen. Auf den ersten Blick ungewohnt, ermöglicht diese Struktur, dass viele Menschen gleichzeitig an einem Text arbeiten. Wurde ein Kommentar

durch den BürgerRedakteur eingearbeitet, kann er ihn auf „erledigt“ setzen. Damit der Prozess transparent verläuft, bleibt der Kommentar aber weiterhin einsehbar.

Aufgabenbereich

Den Überblick über die Geschehnisse auf der Plattform behalten die Teilnehmer in ihrem persönlichen Aufgabenbereich. Hier erfahren sie Schritt für Schritt, wie die Diskussion sich entwickelt, in welcher Form sie mitwirken können und ob sie eine persönliche Nachricht in ihrem Postfach auf der Plattform erhalten haben.

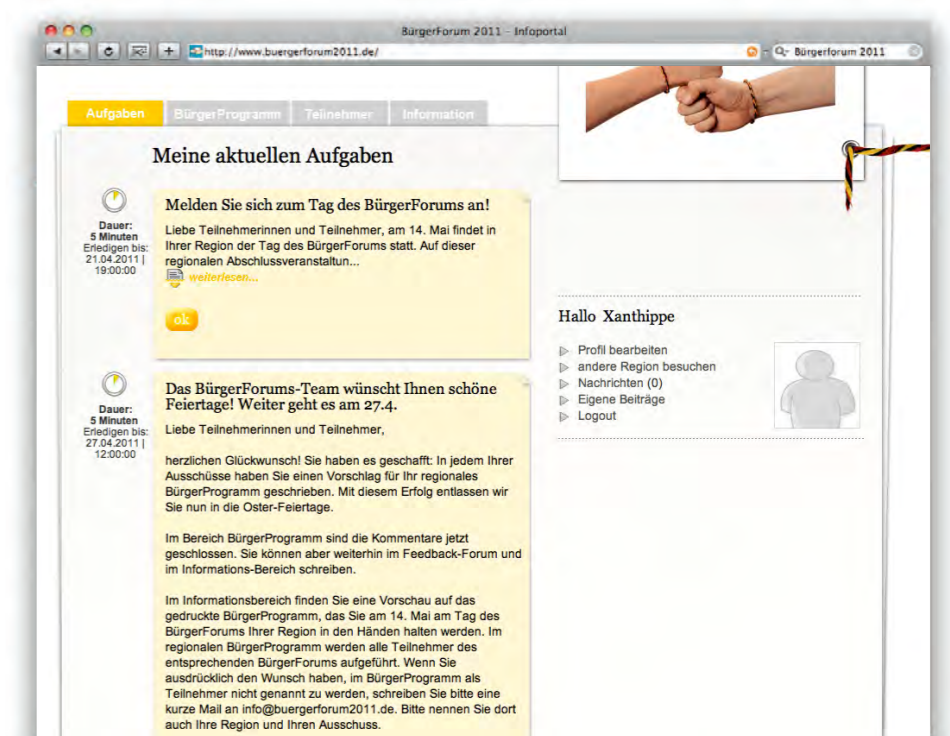
Informationen

Im Bereich „Information“ werden regelmäßig aktuelle Artikel zum BürgerForum 2011 eingestellt, zum Beispiel Ankündigungen für Veranstaltungen, Erklärungen

zu der Online-Plattform und einige mehr. Sowohl die Teilnehmer als auch interessierte Gäste können sich in diesem Bereich über den Fortgang des BürgerForums auf dem Laufenden halten.

Moderation

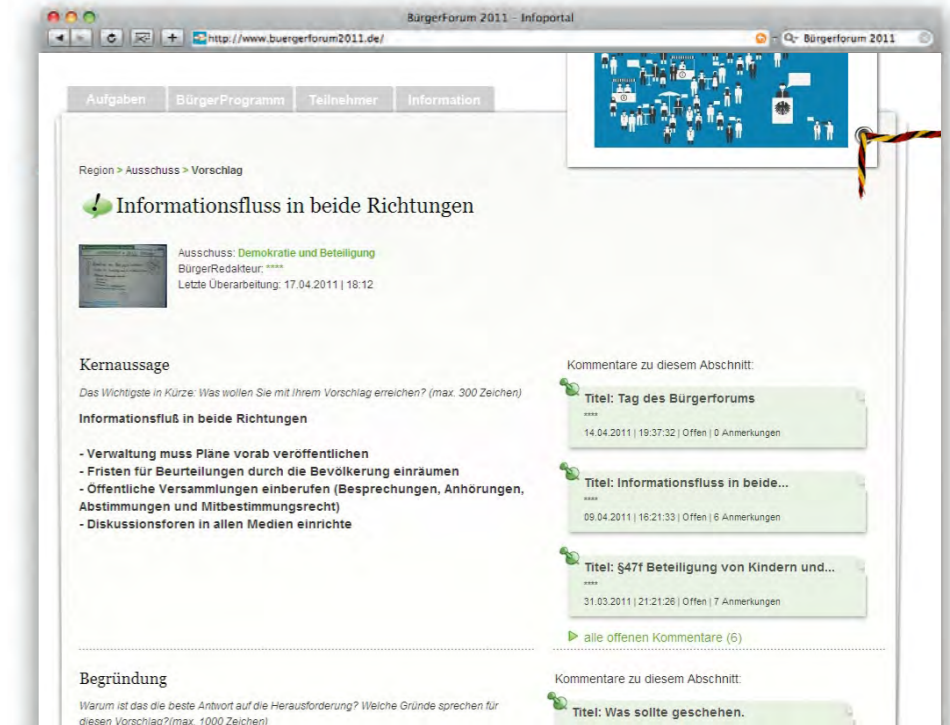
Damit die Online-Diskussion fair und sachlich bleibt, braucht es eine Moderation. Für das BürgerForum 2011 wird diese Funktion von eigens dafür geschulten Online-Moderatoren übernommen. Die meisten von ihnen waren bereits bei einem früheren BürgerForum als Teilnehmer dabei. Gegenüber dem Inhalt verhalten sich die Online-Moderatoren neutral – sie bewerten die Ideen und Vorschläge nicht, sondern achten nur darauf, dass eine ausgewogene Diskussion entstehen kann.



Aktuelle Informationen aus dem BürgerForum



Kommentare und Anmerkungen zum Text des BürgerProgramms



WIE KÖNNEN WIR DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT IN DEUTSCHLAND FÖRDERN?

Mit dieser Frage haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des BürgerForums Paderborn beschäftigt. Auf Veranstaltungen und in einer mehrwöchigen Online-Diskussion haben sie Vorschläge für Politik und Gesellschaft erarbeitet. Die Ergebnisse ihrer Diskussion finden Sie auf den folgenden Seiten. Teilnehmerinnen und Teilnehmer des BürgerForums im Kreis Paderborn sind:

Christoph Ahlers | Anette Albers | Salvatore Antolino | Thomas Aulbur | Karin Bannas | Ralf Beckebans | Bernd Becker | Martin Becker | Birgit Bedranowsky | Kirsten Bergmann | Michael Berkenberg | Rudolf Beseler | Nathalie Birioukov | Anne Birkelbach | Friedrich-Wilhelm Böhme | Fabian Bokel | Christian Bolte | Yvonne Borgolte | Thomas Bornemann | Frank Boß | Marita Brall | Friedrich Brand | Heiner Bredt | Gerd Breker | Ralf Brese | Claudia Brocke | Annegret Brökelmann | Ilse Brücke | Regina Brucksch | Manfred Brummel | Miriam Brüser | Markus Budde | Marion Buder | Stefan Bükler | Lorenz Bunse | Hermann-Josef Buschmeier | Andreas Carl | Georg Cegla | Ibrahim Cicek | Ulrich Clement | Heiko Closhen | Andreas Czorny | Horst Danigel | Hans Gerd Danzer | Martin Decking | Matthias Deter | Margret Diehl | Lothar Dietrich | Meike Dirscherl | Renate Dovatov | Franz-Josef Driller | Anita Driller | Maria Dunsche | Lothar Ebbes | Friederike Eckel | Karl Dietrich Edenfeld | Ralf Edinger | Stefan Elit | Helmut Engelke | Klaus Erhardt | Frank Ernesti | Gustav-Adolf Eschmann | Christoph Eßmann | Diana Ferrera | Slavjana Filipova-Hillemeier | Bettina Finke | Beate Fischer | Anneke Fischer | Marcel Freitag | Wilhelmina Fremerey | Irmgard Frensemeier | Petra Frie | Gerd Fromme | Carsten Fuest | Manfred Funcke | Marlene Genske | Gabriele Genuit-Wetzlar | Dorle Gerbracht | Viviane Golüke | Christoph Görtz | Waldemar Görzen | Michael Goutas | Julia Groß | Andreas Gülle | Christian Halberschmidt | Michael Halfpap | Michael Hall | Tanja Halsband | Berthold Haneke | Thomas Hansen | Gerhard Hansmeyer | Melanie Hanysek | Sebastian Hartung | Rainer Haupt | Sibille Heinrichs | Wolfgang Hellmich | Hartmut Hellweg | Herbert Henke | Gisela Henke | Sascha Henke | Peter Henkst | Karsten Hentschel | Liesel Hepers | Maja Heselhaus | Markus Heße | Rainer Hilgers | Anke Hillebrand | Rosalind Hillebrand | Cordula Hoffmeister | Tobias Höller | Ulrike Höpping | Gabi Höschen | Dieter Hünneke | Gerd Igelhorst | Karl-Heinz Indlekofer | Robert Isermann | Verena Ising-Volmer | Maria Jäger | Hans-Gerd Jansen | Wiebke Jensen | Bastian Jung | Elke Jürgens | Heinz Kamp | Thomas H. Kampert | Herbert Kampher | Nikolaj Kasdorf | Alf Katzer | Christa Kaup | Annegret Kaup-Adämmer | Josef Käuper | Klaus Kauther | Eugen Keller | Andrea Kemmerling | Gregor Maria Kemper | Irmgard Kemper | Marion Keuer | Jacobsen Klaus | Frank Klausfering | Andreas Klein | Hans-Jürgen Klein | Ludger Kleine | Jörg Kleine | Bernd Klingebiel | Klemens Klocke | Christina Kloppenburg | Heinrich Kloppenburg | Andrea Kluthe | Hans-Joachim Knillmann | Klaus Knoke | Franz Josef Koch | Manfred Koch | Ulrich Koch | Gabriele Koch | Katlen Köchling | Nicole Köhler | Hans-Josef Köhler | Denis Kohlmann | Norbert Kollek | Stephan Kömhoff-Paatz | Petra Koschorreck-Hartmann | Heribert Krane | Maria Krause | Meinolf Krawczyk | Alfred Kretschmer | Hannelore Krombusch | Anne Kruse | Marion Kückmann | Iris Kuhlencord | Annette Kuhlmann | Heinrich Kürpick | Agnes Labudda | Susanne Lake | Christine Lamczick-Ernst | Birgitt Lammert | Jutta Lappe | Gunhild Leber | Werner Ledig | Ralph Legenhausen | Rolf Leistenschneider | Annette Lemperle | Alexandra Lendowski | Bernhard Liedmann | Dorle Link | Günter Lobin | Annette Lödige-Wennemaring | Birgit Lorenz | Elisabeth Lübbers | Melanie Lubnau | Sascha Lüder | Margrit Lüdtke-Jansing | Elisabeth Lülfs | Sabine Lüttenberg | Gabi Maas-Karthaus | Matthias Martini | Beate Martsch | Angelika Mateja | Edith Mathieu | Siegfried Mattern | Klaus Meerkötter | Birgit Meier | Christa Meier-Rohde | Marita Melzer | Charlene Menne | Marion Menz | Birgit Merle | Elke Mersch | Hatice Mert | Markus Mertens | Hagen Mewes | Christoph Michaelis | Dietrich Minnich | Raimund Morcinkowski | Annegret Müller | Thomas Münstermann | Gerhard Muntschick-Wünnemann | Horst Nachtigal | Johannes Näther | Alf Neuber | Georg Neuhaus | Sylke Nevermann-Plafshenrich | Carolina Niewöhner | Ingo Niggemeier | Klaus Noffz | Janine Normann | Michael Nübel | Markus Olschewski | Maria Orban | Ina Ord | Serge Orlow | Markus Pahls | Jacek Pawlowski | Gerd Peter | Ursula Peters | Sibylle Petry | Patricia Pietsch-Meier | Patricia Pietsch-Meier | Andrea Planz | Johanna Polenz | Gabriele Pollak | Cornelia Pongratz | Ulrich Ponzel |



Uwe Pöplow | Manfred Pötting | Josef Pozny | Hans-Joachim Prättsch | Rolf Pulsmeier | Franziska Radisch | Norbert Rapp | Anna Regenbrecht | Udo Reiher | Ruth Reimann | Lisa Reimer | Maria Reimer | Susann Reinhold | Marion Reitz | Ina Rengel | Corinna Renger | Ulrich Restemeyer | Ellen Riedemann-Tuschen | Toni Rimrod | Florian Rittmeier | Maria Rodehuth-Kückmann | Claudia Rölle | Martin Rörig | Jochen Roß | Heinz Ruland | Werner Ruloffs | Meike Rüscher | Franz Rütter | Michael Salmen | Marcel Sander | Werner Sauerwein | Hans-Joachim Saxowski | Claudia Schade | Melanie Schaefer | Michael Schaefer | Michael Schäfer | Johannes Schäfers | Michael Scharlibbe | Sven Scharnhorst | Reinhold Schenk | Heinz-Georg Schier | Gerhard Schimke | Miriam Schitteck | Bärbel Schlegel | Beatrix Schlepforst | Martina Schlichting | Manfred Schlichting | Jörg-Peter Schliephak | Karin Schlüter-Rose | Ulla Schmid | Nelli Schmidt | Daniel Schmidt | Ernst Schneegans | Reinhard Schneider | Manfred Schneider | Inez Schnelle | Dirk Schober | Alexander Schönbach | Michael Schonlau | Sebastian Schrage | Torsten Schreier | Jörn Schreyer | Kurt Schröder | Rudolf Schubert | Erdmuth Schulze-Waltrup | Andrea Schwarz | Marcel Schwarz | Ingrid Schwermann | Simon Schwichtenberg | Axel Schwob | Heike Schymiczek | Julia Seel | Reinhard Seifert | Anton Sicken | Beate Siedhoff | Claudia Siegel | Jens Siekmann | Johann Siemens | Gerhard Sievert | Edith Sinne | Frido Skirde | Klaus Smigaj | Dominik Spenner | Ralf Spieker | Joachim Staeck | Regina Steinhoff | Rita Steins | Lena Steuer | Wilfried Sticht | Michael Stickling | Franz-Josef Stiens | Anja Stockhausen | Larissa Stockmann | Heinz Stratmann | Brigitte Striewe | Brigitta Struck | Özlem Sungur | Frank Szebrat | Gerhard Taake | Anna Christine Tegethoff | Peter Teschner | Fred Thiele | Herr Thiesmann | Werner Thor | Hans-Jürgen Tichi | Georg Timmermann | Gabriele Tobey | Oliver Topp | Ralph Trapp | Anke Troja | Margarita Uebermuth | Friedhelm Unterhalt | Jürgen Urban | Heike Vahle | Angelika van Acken | Gérard van Beek | Jasmin Vandieken | Werner Viertel | Petra Virnich | Johannes Vogel | Uta Vogler | Pia Vollert | Carsten Volmert | Ute von Glahn | Franz Voß | Helga Voß | Andreas Voß | Josef Voß | Markus Walter | Inga Walter | Siegfert Wanzek | Günter Warkus | Ulrich Warlo | Hubert Warok | Beate Wasserkort | Kornelia Wegener | Ulrich Wegener | Dominik Welslau | Claudia Wengenmaier | Bernhild Werny | Jennifer Weskamp | Martina Wessels | Beate Westhoff | Rudolf Wiebusch | Michael Wiemers | Anne Wildoer | Ferdinand Wilks | Stephan Wink | Sergej Wins | Barbara Wischnewski | Michael Wittig | Franz-Josef Witting | Andrea Wnendt | Werner Woeste | Robert Wood | Iris Wulf | Klaus Wullenweber | Rainer Zahl | Wilhelm Zenses

EIN DANKESCHÖN

Vor und hinter den Kulissen haben viele Menschen tatkräftig an der Umsetzung des BürgerForums mitgewirkt: Dr. Claudia Beverungen vom Kreis Paderborn hat mit ihrem Team die Veranstaltungen organisiert. Mit großem Engagement setzten sie das BürgerForum 2011 zusätzlich zu ihren sonstigen Tätigkeiten vor Ort um. Ohne ihren Einsatz wäre das BürgerForum Paderborn nicht möglich gewesen. Ilja Rep moderierte die Veranstaltungen. Siegfried Hehemann, Nina Keim, Holger Kleine-Eickhoff und Martin Weidemann moderierten in ehrenamtlicher Tätigkeit die Online-Diskussion. Ihnen und allen zahlreichen Helfern, die hier nicht namentlich erwähnt sind, gilt besonderer Dank.



Solidarität und Gerechtigkeit

Das Ziel ist, solidarisches Handeln zu fördern und zu fordern. Gesellschaftliches Engagement stärkt das Selbstbewusstsein der Menschen und fördert das öffentliche Leben durch ein Wir-Gefühl. Es ist Grundlage für Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Demokratie. Auch sind alle Generationen für die anderen Generationen verantwortlich. Dabei steht man vor dem Problem, dass man Menschen dazu bringen muss, solidarisch zu handeln, und dass sich jeder nach seinen Möglichkeiten einbringen können muss.

BürgerRedakteure Sebastian Schrage, Reinhard Seifert

VORSCHLAG

VERFLECHTUNGEN ZWISCHEN POLITIK UND WIRTSCHAFT AUFLÖSEN

Berater, die in Ausschüsse berufen werden und gleichzeitig bei Firmen im Gehalt stehen, nehmen sehr großen politischen Einfluss. Klare Trennlinien zwischen Politik und Wirtschaft sind aber wichtig. Die Zusammenarbeit aller muss öffentlich sein, um ein gerechtes und solidarisches Handeln zu garantieren.

BEGRÜNDUNG

Die Wirtschaftsberater bzw. Lobbyisten nehmen starken Einfluss auf Politiker. Sie nutzen die Unwissenheit der Politiker aus, die aus den verschiedensten Berufen kommend dieses Amt angenommen haben. Die Wechsel der Politiker aus der Politik in die Wirtschaft sind umstritten. Wenn ein Politiker ohne Wartezeit einen Posten in der Wirtschaft annimmt, bestehen in der Regel Interessenkonflikte. Lobbyismus könnte somit vorprogrammiert sein.

Verflechtungen gibt es aber auch in anderen gesellschaftlichen Gruppen wie Gewerkschaften, Berufsgruppen, Medien und deren Organisationen, Sportverbänden, karitativen und ähnlichen Einrichtung sowie der Kirche. Wenn deren Aktivitäten dem Gemeinwohl der Gesellschaft und nicht nur dem gruppenspezifischen Eigenwohl dienlich sind, so setzt dies gerechtes und soziales Verhalten und Handeln voraus. Das Verständnis für und das Wissen um gruppenspezifische Arbeit

ten und Vorgehensweisen muss bewusst gemacht werden. Fairness und verantwortungsvolle Eigeninitiative müssen eingefordert werden.

VORSCHLAG IM DETAIL

Die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft sollen verpflichtet werden sich bei ihrer Arbeit der Auswirkungen auf das Gemeinwohl bewusst zu sein. Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister leisten nach Art. 56, 64 unseres Grundgesetzes den Eid: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, ...“.

Diese Verpflichtung gilt zunächst für den politischen Amtsträger. Sie sollte jedoch auch über diese Zeit hinaus, nach Beendigung der Amtstätigkeit, für alle Abgeordneten und relevanten Entscheidungsträger in allen politischen Gremien des Bundes, der Länder und Gemeinden, für alle wichtigen Entscheidungsträger in Wirtschaft und Gesellschaft gelten.

Es sollte eine Sperrfrist für Politiker, die in die Wirtschaft wechseln, geben. Ebenso sollten Nebentätigkeiten von Politikern nicht gestattet sein. Der Politiker ist ausschließlich seinen Wählern und seinem Gewissen verpflichtet. Dafür müssten Politiker allerdings dann auch, wie gute Manager, bezahlt werden, wenn die Leistung stimmt.

Eine Entflechtung ist dringend erforderlich. Richtig ist, dass Wirtschaft und Politik, aber auch die Bürger zusammengehören. Mitbestimmung, das heißt: Der mündige Bürger kümmert sich, indem er zum Beispiel zur Wahl geht – auch zur Sozialwahl bis zum 01.06.2011 –, um Einfluss zu nehmen.

Eine Offenlegungspflicht, bezogen auf Nebenämter der Politiker, ist ein Muss. Die Gehaltshöhe darf eine normale Tätigkeit in vergleichbaren Berufen nicht überschreiten. Die Wirtschaft, wie auch der Sport und andere Akteure, müssen Höchstgrenzen eines Gehaltes festlegen, denn es steht in keinem Verhältnis, wenn einer 5.000 Euro



pro Tag, ein anderer mit einem Niedriglohn nur 50 Euro pro Tag bekommt. Die Frage, was gerecht ist und welche Leistung welchen Wert hat, bleibt. Keiner soll kostenlos arbeiten!

Offensichtlich ist das in gewissen Kreisen dennoch üblich, da der Blick für das Normale verloren gegangen ist.

PRO UND CONTRA

Die Forderung der Abschaffung des Lobbyismus, um Interessenkonflikte zu reduzieren, liegt nahe. Real lässt sich eine Verknüpfung aber nicht aufheben, da sie ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft sind.

Es muss beim kleinsten gesellschaftlichen Glied, den Kindern, angefangen werden, sozial und gerecht zu handeln. Zudem gibt es auch Unternehmer und Politiker, die richtig handeln und einen Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlbefinden leisten. Die Einführung eines Solidaritäts- und Gerechtigkeitsbeauftragten, der für die Belange der Wähler eintritt und abwägt, was gerecht und

wirtschaftlich vertretbar ist, wäre denkbar. Viele Bürger bringen sich bereits als Ehrenamtliche ohne finanziellen Ausgleich in vielen Bereichen ein. Eine kostenfreie Beratung ist nicht möglich und auch nicht richtig, sie muss aber mit unserem Gesellschaftssystem konform sein. Es dürfen nicht zu viele Beratungsstellen in den unterschiedlichsten Arbeitsfeldern von ein- und derselben Person ausgeübt werden.

UMSETZUNG

Die Regierung muss ein festes Regelwerk erstellen, das Sperrfristen für Politiker beim Wechsel in die Wirtschaft beinhaltet sowie Nebentätigkeiten eingrenzt bzw. untersagt. Der Einfluss der Wirtschaft auf die Politik muss durch neutrale Gremien mit Offenlegung und Transparenz eingegrenzt werden.

Im Gremium sind Menschen tätig, die die Verknüpfungen des Systems kennen; vergleichbar mit einem ehrenamtlichen Richter, der mit gesundem Menschenverstand eine Entscheidung

trifft. Solidarität und Gerechtigkeit sind die Hauptaufgaben der Demokratie – also auch die eines jeden Bürgers!

BürgerRedakteur Reinhard Seifert

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Bewusstsein für Solidarität wecken“, „Ehrenamt fördern und freiwilliges soziales Jahr fördern“, sowie „Soziale Kompetenz vermitteln“.



Demokratie und Beteiligung

Enttäuschung und Unverständnis über politische Entscheidungen sowie zunehmender Einfluss von Lobbyisten lässt die Wahlbeteiligung sinken. Anhaltende Regelungswut, lange Planungsphasen sowie fehlende Transparenz verstärken das Misstrauen in die Politik. Die Funktion der Parteien als Bindeglied zwischen Bürgern und politischen Entscheidungsträgern ist nicht mehr vorhanden. Deshalb sind dringend Maßnahmen erforderlich, um wieder Vertrauen in die Politik und Demokratie zurückzugewinnen

BürgerRedakteure Regina Brucksch, Günter Lobin

VORSCHLAG

VERPFLICHTENDE FRÜHZEITIGE INFORMATION + EINBEZIEHUNG DER BÜRGER IN ENTSCHEIDUNGEN

Die Bürgerinnen und Bürger sind vor politischen Entscheidungen in den Diskussions- und Entscheidungsprozess verpflichtend einzubinden.

BEGRÜNDUNG

Die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse vor politischen Entscheidungen setzt eine verpflichtende Information und Ergebnisberücksichtigung voraus.

Damit kann dem Desinteresse an politischer Mitwirkung begegnet werden. Es fördert die Auseinandersetzung und die Identifikation mit den zu lösenden Problemen in der Gesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger werden nicht „übergangen“, sondern ihre Meinungen gehen mit in den Entscheidungsprozess ein.

Die Vielfalt der Meinungen, das Wissen und die Erfahrungen der Bürger führen auch zu einer Verbesserung der Qualität der anstehenden Entscheidungen. Dies stärkt das demokratische Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger und fördert die Mitverantwortung bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme. Die Kluft zwischen Politik und Bürgern verringert sich.

VORSCHLAG IM DETAIL

Diese Aufgaben soll ein sogenannter Bürgerbeauftragter dauerhaft übernehmen, der dafür geeignet ist und der sie überparteilich und parteiunabhängig wahrnimmt. Er wird von den Bürgern gewählt oder von den Parlamenten ernannt. Er oder sie soll politisch und finanziell unabhängig sein und deswegen aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Diese Einrichtung ist in den Ablauf der politischen Informations- und Entscheidungsprozesse einzubinden.

Dies soll verpflichtend über gesetzliche und/oder satzungsmäßige Regelungen auf der Ebene der Kommunen, der Länder und des Bundes geschehen. Die Einrichtung einer Internet-Plattform soll den Bürgerbeauftragten unterstützen, um eine optimale Information und Diskussion anstehender Themen sowie rechtzeitig eine abschließende Abstimmung darüber zu gewährleisten. Weitere (herkömmliche) Möglichkeiten der Informationsgewinnung und -verarbeitung sind zu berücksichtigen.

Zu den Aufgaben des Bürgerbeauftragten gehört die rechtzeitige Auswahl von Themen, die den Bürger interessieren. Über die vom Bürgerbeauftragten ausgewählten Themen kann vor einer Diskussion mehrheitlich für oder gegen eine weitere Behandlung des Themas abgestimmt werden (z. B. per Internet und anderen Hilfsmittel).

Außerdem liegt in seiner Zuständigkeit die Organisation der themenbezogenen Forendiskussionen, der Abstimmung per Internet und/oder anderen Verfahren der Stimmgabe sowie die Mediatoren-Funktion bei unterschiedlichen Auffassungen.

Er fasst Diskussionsergebnisse zusammen und übernimmt die Veröffentlichung der Ergebnisse und Weiterleitung an die zuständigen politischen Gremien vor einer Abstimmung darüber.

Die praktische Funktion eines Bürgerbeauftragten soll mit Pilotprojekten erprobt werden, z. B. in einer Kommune. Unter Berücksichtigung der gesammelten Erfahrungen sind dann die



rechtlichen Voraussetzungen für die Einrichtungen und die Funktionen im Detail zu schaffen.

PRO UND CONTRA

Pro: Der Vorschlag erreicht auch die Bürgerinnen und Bürger, die der „Parteiendemokratie“ inzwischen misstrauisch gegenüberstehen. Sie können ihre parteiunabhängige Meinung sowie ihre Erfahrungen und ihr Wissen in die anstehenden politischen Entscheidungen mit einbringen. Der Vorschlag ergänzt, ersetzt aber nicht die vorhandene Struktur politischer Entscheidungen. Die Grundlage für Entscheidungen wird erweitert und verbessert. Sie führt zu einer stärkeren Identifikation mit gesellschaftlichen Problemen und deren Lösung. Demokratie erfordert aktive Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger.

Contra: Die Umsetzung des Vorschlags erfordert finanzielle Mittel und verlangsamt möglicherweise die Entscheidungsprozesse.

UMSETZUNG

Die Umsetzung dieses Vorschlags verlangt von der Legislative entsprechende Entscheidungen, um den Bürgerbeauftragten in die gesetzlichen oder satzungsmäßigen Regelungen einzubinden. Es sollte vorher geklärt werden, welche Eignungen der Bürgerbeauftragte für diese Aufgabe mitbringen muss und welche Themen von ihm ausgewählt werden sollen und dürfen. Eine klare Aufgabenbeschreibung ist daher frühzeitig erforderlich. Viele Entscheidungen beruhen auf vorhandenen gesetzlichen Regelungen und kommen für die Erweiterung der Diskussions- und Entscheidungsbasis durch einen Bürgerbeauftragten nicht in Frage.

Es ist zu überlegen, ob der Bürgerbeauftragte direkt von den Bürgern oder vom Parlament gewählt werden soll. Eine Direktwahl durch die wahlberechtigten Bürger erfordert zusätzlich einen nicht unerheblichen finanziellen Aufwand.

BürgerRedakteur Günter Lobin

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Erweiterung des Bürgerbüros um eine E-Plattform“, „Projektbezogene Bürgerausschüsse“, sowie „Umdenken der Politik auf allen Ebenen.“



Familiäre Lebensformen

Der Familie kommt eine zentrale Bedeutung in unserer Gesellschaft zu. Immer notwendiger wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um dieser Bedeutung der Familie noch gerecht zu werden. Ausreichende Möglichkeiten zur Betreuung von Kindern, Älteren und Behinderten fehlen. Familien sind zu großen Teilen finanziell überlastet. Verbesserungen dieser Situation sind erforderlich. Die niedrigen Geburtenraten sind bedauerlich. Die derzeitigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wirken belastend.

BürgerRedakteure Jörn Schreyer, Brigitte Striewe

VORSCHLAG

FLEXIBLE ARBEITSZEITEN UND BETREUUNGSMÖGLICHKEITEN

Die gesellschaftliche Entwicklung erfordert es, eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Gestaltung flexibler Arbeitszeiten und Betreuungsmöglichkeiten – sowohl für die Betreuung von Kindern und älteren Menschen als auch von behinderten Menschen.

BEGRÜNDUNG

Die heutige Entwicklung geht immer mehr weg von der Familie und der Großfamilie. Die Lebensform Familie ist dabei als klassische Kernfamilie zu verstehen, einschließlich erwachsener Kinder, die mit ihren Eltern zusammenleben. Man mag diese gesellschaftliche Entwicklung bedauern – akzeptieren muss man, dass dringend adäquate Antworten auf die Entwicklung gefunden oder verbessert werden müssen.

Flexible Arbeitszeiten und Betreuungsmöglichkeiten sind unverzichtbar, sowohl für die Betreuung von Kindern und älteren Menschen als auch von behinderten Familienangehörigen. Die hergebrachte (Haus-)Frauenrolle hat sich heute überholt. Frauen sind viel besser ausgebildet als früher und streben berechtigt ein erfülltes Berufsleben an. Dies gilt es auch aus volkswirtschaftlichen Erwägungen zu ermöglichen. Ziel muss es sein, alle freiwillig getroffenen Entscheidungen bezüglich Familie und Betreuung im Rahmen ei-

ner flexiblen Gestaltung der Arbeit und Betreuung zu organisieren.

VORSCHLAG IM DETAIL

Zwei Bereiche sind zu unterscheiden: zum einen die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, zum anderen flexible Betreuungsmöglichkeiten. Möglichkeiten der Flexibilisierung von Arbeitszeiten sind fast unbegrenzt gegeben: beispielweise Teilzeitbeschäftigung für Männer und Frauen oder alle individuellen, auf die jeweilige Arbeitssituation abgestimmten Arbeitszeitregelungen.

Um die Entscheidung für Kinder zu unterstützen, sind allgemeine Modelle sowie eine individuelle Unterstützung beim Wiedereinstieg in den Beruf nötig. Die Situation Alleinerziehender muss besondere Berücksichtigung finden. Damit einhergehend sind flexible Betreuungsmöglichkeiten zu organisieren, z. B. durch ergänzende und flächendeckende Ausweitung von Familienarbeit oder auch durch Familienbetreuer/-in-

nen, die eventuell auch innerfamiliär zu rekrutieren sind. Eine Ausweitung individueller Hilfe und Betreuung bei Schwangerschaft und ausreichend zeitiger Nachsorge, z. B. durch freie und spezialisierte Hebammen, wäre nötig; ebenso der Ausbau von Kindertagesbetreuungsmöglichkeiten (Tagesstätten, Kindergärten, Tagesmüttern/-väter, Ganztagschulen).

Die Betreuungsstrukturen müssen zwingend mit den verschiedenen Akteuren (z. B. den Trägern solcher Einrichtungen) abgestimmt werden. Wegen des Wachstums dieser Gruppe muss besonders an Alleinerziehende gedacht werden sowie an einen verstärkten Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten für ältere Menschen und Behinderte. Die hier aufgezeigten „technischen“ Möglichkeiten können nur durch gemeinschaftliche Anstrengungen erreicht werden – bei wechselseitiger Achtung persönlicher Belange der Akteure. Unter der großen Überschrift „Familiäre Lebensformen“ sollte die Familie sowie die Sicherung des Zu-



sammenlebens und -wirkens ein wesentlicher Aspekt des jeweiligen Handelns sein.

PRO UND CONTRA

Der Vorschlag, flexible Arbeitszeiten auszudehnen und besser zu gestalten, soll sich auf beide Elternteile beziehen. Haus- und Familienarbeit sollen etwa gleich verteilt werden. Dem stehen jedoch erhebliche Bedenken bezüglich des tief verankerten Rollendenkens entgegen. Väter sind mehrheitlich nicht bereit, ihre Arbeitszeit zu reduzieren. Haus- und Familienarbeit gehört auch nicht zur hergebrachten Vaterrolle. Trotz inzwischen erkennbarer positiver Entwicklung, z. B. bei der Elternzeit, wird eine gesellschaftliche Anerkennung noch lange dauern. Generelle Zuwendungen, wie das angekündigte Betreuungsgeld, werden schon heute als „Herdpotenziale“ disqualifiziert.

Positiv ist, dass vor dem Hintergrund von Milliardenbeträgen, die jährlich aus Steuergeldern in Investitionen und Be-

triebskosten von Betreuungseinrichtungen fließen, hier in Effizienz investiert werden kann. Auch können passende Arbeitszeiten und damit mehr Zufriedenheit die Produktivität jedes Einzelnen steigern.

UMSETZUNG

Die demografische Entwicklung und besonders die arbeitsmarktbezogene Situation bieten derzeit eine hervorragende Grundlage, Änderungen einzufordern. Familienfreundlichkeit ist ein Wettbewerbsfaktor geworden. Die Arbeitnehmervertretungen sind hierzu gefordert. Aus dem politischen Bereich können wichtige Anstöße gegeben werden. Rechtliche Regelungen stehen kaum im Wege oder sind ausreichend vorhanden. In die Betreuungsbereiche, insbesondere für Kinder, fließen jährlich bundesweit hohe Milliardenbeträge aus Steuermitteln. Hier ist anzusetzen: Verlässliche, sinnvoll differenzierte Planungen müssen auf örtlicher Ebene mit allen dort tätigen Trägern solcher Ein-

richtungen erstellt werden. Einheitliche Qualitätsstandards sind einzufordern. Für ausreichend fachlich gut geschultes Personal ist zu sorgen. Und ganz besonders: Betreuung muss endlich als Dienstleistung begriffen werden, nicht als „Darbietung sozialer Leistungen“, was besonders auch die örtlich zuständigen Jugendämter betrifft.

BürgerRedakteur Jörn Schreyer

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Förderung von Wohnprojekten“, „Familien-/Betreuungs-/Erziehungsarbeit vergüten“, sowie „Gute, familienfreundliche Rahmenbedingungen schaffen“.



Die Basis für Integration ist die Schlüsselkompetenz „Sprache“. Sprache ermöglicht Kenntnisnahme und Verständnis von Regeln, Normen, Gesetzen, Rechten und Pflichten. Sprache schafft auch Gemeinsamkeiten, sie ist Grundlage des kulturellen Austausches. Sprache kann Barrieren abbauen und ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Darum besteht die Herausforderung darin, Sprache auf allen Ebenen zu fördern und gegenseitige Offenheit und Engagement von allen Menschen einzufordern.

BürgerRedakteure Ilse Brücke, Ingo Niggemeier

VORSCHLAG

FÖRDERN UND FORDERN: SPRACHQUOTE, KINDERGARTENPFLICHT, ZUWANDERUNGSREGELUNGEN

Die Einführung einer Kindergartenpflicht und einer „Sprachquote“ in Bildungsstätten sowie kostenfreie Pflicht-Sprachkurse sollen die Integration über die gemeinsame Sprache verbessern. Der Zugang zu niedrighschwelligem Angeboten soll verbessert und Zuwanderung geregelt werden.

BEGRÜNDUNG

Die deutsche Sprache ist die Schlüsselkompetenz zur Integration. Sicherer Umgang mit der deutschen Sprache – in Wort und Schrift – schafft die Voraussetzung zu einem erfolgreichen Bildungsabschluss. Daraus ergeben sich deutlich bessere Möglichkeiten in der Berufsausbildung und ein Zugang zu höher qualifizierten, anspruchsvolleren Arbeitsverhältnissen.

Der künftige Grundstein zu einer besseren, sprachlichen Förderung bildet die Kindergartenpflicht für alle Kinder, wodurch sich auch ein besserer Zugang für Mütter zu niedrighschwelligem Angeboten ergibt. Gemeinsam mit der Einführung einer Sprachquote, also einer möglichst ausgewogenen Verteilung der Kinder aus den verschiedenen Kulturkreisen, soll eine Ghettoisierung verhindert, aber auch ein solidarisches Gemeinschaftsgefühl vermittelt werden.

Die Schaffung von klaren Zuwanderungsregeln wird empfohlen, um sicherzustellen, dass künftig nur noch integrationswillige Migranten zu uns

kommen, die bereit sind, sich in unser Land einzubringen.

VORSCHLAG IM DETAIL

Analog zur bestehenden Schulpflicht wird die Kindergartenpflicht – insbesondere für Kinder aus Migrationsfamilien – eingeführt. Dadurch wird sichergestellt, dass die Kinder den bestmöglichen Zugang zur deutschen Sprache erlangen und möglichst früh Kontakt zu Kindern aus anderen Kulturkreisen bekommen.

Mit der Einführung einer Sprachquote für alle Bildungsstätten soll erreicht werden, dass sich jeweils möglichst wenig Kinder aus Migrationsfamilien in den jeweiligen Gruppen und Klassen befinden, um das Risiko einer Abgrenzung in den eigenen Kulturkreis möglichst gering zu halten. Dadurch wird die Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache gefördert und zudem das Gemeinschaftsgefühl gestärkt.

Durch die Kindergartenpflicht wird zusätzlich erreicht, dass vor allem die Mütter aus Migrationsfamilien leichterem Zu-

gang zu niedrighschwelligem Angeboten erhalten, bei denen ihre sprachlichen Fähigkeiten verbessert werden. Hier sind neben Sprachkursen auch andere Gruppen in den Familienzentren gemeint, beispielsweise Krabbelgruppen, Rückenschule, Weihnachtsbäckerei, Kennenlernen anderer Kulturen etc. Sollte es notwendig sein, sind für die Durchsetzung der Kindergartenpflicht und der verpflichtenden Sprachkurse Sanktionsmaßnahmen auch über eventuell bezogene Transferleistungen vorzusehen.

Ferner sollen alle Integrationsmöglichkeiten besser an die Migrationsfamilien herangetragen und auch dezentral präsentiert werden, beispielsweise über die Kindergärten (Familienzentren) und Schulen sowie durch stärkere Einbindung von „Migrationstreffpunkten“ wie orthodoxen Kirchen oder Moscheen. Mittler zwischen den Kulturen sind für diese Aufgabe unbedingt notwendig!

Zusätzlich soll das Problem nicht integrationswilliger Zuwanderer dadurch minimiert werden, dass es künftig klare Regeln für die Zuwanderung gibt. Hier ist



insbesondere der Wille zur Integration zwingend notwendig. Dazu gehört der Erwerb von Deutschkenntnissen möglichst vor der Einreise. Das Asylrecht bleibt davon unberührt.

PRO UND CONTRA

Aufgrund der Sprachquote ist es notwendig, dass einzelne Kinder nicht auf die Schule in der direkten Nachbarschaft gehen, sondern einen weiteren Schulweg in Kauf nehmen müssen. Das betrifft in geringem Maße deutsche Kinder, in deutlich größerem Maße die Kinder aus Migrationsfamilien; gerade dann, wenn sich bereits eine Art „Ghetto“ entwickelt hat. Da aber die Vorteile einer solchen Verteilung deutlich höher einzustufen sind, ist dieser Nachteil vertretbar; vor allem dann, wenn die dadurch entstehenden Fahrtkosten von Stadt, Land und Bund übernommen werden, also wenn die Maßnahme nicht mit einem finanziellen Nachteil verknüpft ist und der Schulweg weiterhin so kurz wie möglich gehalten wird. Der wichtigste Vorteil ist, dass eine Ausgrenzung der Mi-

grantenkinder vermindert wird und der Anreiz und der Wille zum Erlernen der deutschen Sprache erhöht wird. Durch die besseren Sprachkenntnisse wird es leichter für die Kinder, einen Schulabschluss zu erlangen und höher qualifizierte Ausbildungen zu beginnen.

UMSETZUNG

Generell muss der Staat aktiv werden, um eine einheitliche, bundesweite Kindergartenpflicht durchzusetzen. In der anstehenden Bildungsreform (bundesweit einheitliche Lehrpläne) müssen ausreichend Schnittpunkte gefunden werden, um die Sprachquote zu ermöglichen. Es soll verhindert werden, dass ein Kind aufgrund der Sprachquote eine bestimmte Schulform nicht besuchen kann. Ferner ist es notwendig, dass sich Bund, Länder und Städte darüber einig werden, wie die kostenfreien Sprachkurse, die Aus- und Fortbildung der Erzieher und Lehrer sowie die durch die Sprachquote entstehenden Fahrtkosten finanziert werden können. Aktiv werden müssen außerdem die

Migrationsverbände, um einen besseren Zugang zu niedrighschwelligem Angeboten gemeinsam mit der Stadt und den entsprechenden Bildungsstätten zu koordinieren und präsentieren. Vor allem hier ist ein stärkeres Engagement seitens der Migranten selbst gefordert, ihren Beitrag zur Förderung der Integration zu leisten, ohne dass dabei die Ausübung der eigenen Kulturpflege beschnitten wird.

BürgerRedakteur Ingo Niggemeier

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Sprachquote für Bildungseinrichtungen“, „Gemeinsame, niedrighschwellige kulturelle Lebensfelder finden“, sowie „Schlüsselkompetenz Sprache fördern“.



Bildung

Der heutige Bildungsföderalismus bedeutet, dass Schüler, Eltern und Lehrer in einem bildungspolitischen Labyrinth der 16 Bundesländer gefangen sind, das sich zudem im Rhythmus von Landtagswahlen, wechselnden Koalitionen und ungleicher Mittelverteilung ständig ändert. In der Folge sind Lerninhalte und Qualifikationen auseinandergedriftet, Chancen ungleich verteilt und Fähigkeiten nur unzureichend gefördert. Es bedarf dringend einer bundesweit zentral koordinierten Bildungspolitik.

BürgerRedakteure Bernd Becker, Julia Seel

VORSCHLAG

ÜBERTRAGUNG DER BILDUNGSKOMPETENZEN DER LÄNDER AN DEN BUND

Um unsere Jugend nach bundesweit einheitlichen Maßstäben sozial gerecht und chancengleich auf die Zukunft vorzubereiten, muss die schulische Bildung in bundeshoheitlicher Verantwortung liegen, nach modernen Maßstäben erfolgen und bundesweit einheitliche Prüfungsinhalte und Abschlüsse sicherstellen.

BEGRÜNDUNG

Der Wohlstand einer Gesellschaft definiert sich über die Fähigkeit, in einer globalisierten Welt mittels eigener Wertschöpfung das Einkommen ihrer Bürger zu sichern.

Dies setzt bereits heute, jedoch mehr noch in der Zukunft voraus, dass die Menschen über die intellektuellen, kreativen und sozialen Fähigkeiten verfügen, Innovation voranzutreiben, was letztendlich Arbeitsplätze schafft und diese langfristig sichert. Mehr noch, Menschen müssen in der Lage sein, sich durch ein lebenslanges Lernen auf die in immer kürzeren Zeitabständen entstehenden technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen einzustellen.

Vor diesem Hintergrund bedarf es einer grundlegenden Reform unseres Bildungssystems, das bei gleichmäßiger und gerechter Verteilung der Mittel auf zeitgemäßen Lerninhalten und modernen Lernmethoden aufsetzt und insbesondere für bundesweit einheitliche Prüfungsanforderungen und Abschlüsse sorgt.

VORSCHLAG IM DETAIL

Mit einer bundeshoheitlichen Bildungsverantwortung für bereitgestellte Schulformen, deren Lerninhalte und die für Bildung erforderlichen finanziellen Mittel soll erreicht werden, dass Kinder und Jugendliche aller sozialen Schichten und regionalen Lebensräume gleiche Chancen auf Bildung erhalten und ihre intellektuellen, kreativen und sozialen sowie emotionalen Fähigkeiten erkannt und individuell gefördert werden. Insbesondere aber sollen einheitliche Prüfungen und Schulabschlüsse einen bundesweit vergleichbaren Bildungsstand sicherstellen.

Pro Schulform sollen zeitgemäße Lerninhalte als definierter Rahmen bundesweit vorgegeben werden, die jedoch innerhalb definierter Grenzen Schulen und Lehrern Freiraum gestatten, um auf individuelle Bedürfnisse Einzelner eingehen zu können. Auch soll Schulen und Lehrern die Möglichkeit zur Wahrung von Brauchtum, kulturellen und regionalen Gegebenheiten eingeräumt werden. Lerninhalte sollen hinsichtlich ihrer Zu-

kunftsrelevanz überprüft und aktualisiert werden. Zeitgerechte Lernmittel und Lernmethoden sollen bei den Schülern das Lerninteresse fördern. Moderne, IT- und internetgestützte Lernmittel erweitern das Spektrum und erlauben neue Wege der Wissensvermittlung. Sie fördern die Lust zum Lernen und bereiten zudem die Schüler auf die Zukunft vor.

Die Erst- und Fortbildung von Lehrern soll bundeseinheitlich geregelt sein und neben der Vermittlung pädagogischer und fachlicher Inhalte auch die soziologische Befähigung der Lehrer fördern. Der Lehrerfortbildung muss zukünftig ein noch höherer Stellenwert eingeräumt werden, um ein Lehren auf der Höhe der Zeit zu ermöglichen.

Prüfungen und Schulabschlüsse sollen als bundeseinheitliche Standards frei von landesspezifischen Unterschieden und im internationalen Vergleich führend sein. Das Schulsystem muss zulassen, dass ein (umzugsbedingter) Schulwechsel von Schülern wie Lehrern angesichts vereinheitlichter Lehrpläne problemlos möglich ist.



PRO UND CONTRA

Die Reform unseres heutigen Bildungssystems wird von vielfältigen Interessenlagen beeinflusst. Mit Blick auf die PISA-Studie der OECD sind Erfahrungen aus erfolgreichen Schulsystemen anderer Länder zu berücksichtigen (z. B. Finnland).

Mit Bildungspolitik steht vorrangig die schulische Bildung im Vordergrund. Chancengleichheit beginnt jedoch bereits mit der Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Kindergartenplätzen. Dies muss ebenso wie die schulische Vorbereitung aller Kindergartenkinder fester Bestandteil einer bundesweiten Bildungspolitik sein.

Ebenso muss der Erwachsenenbildung in Zukunft wesentlich höhere Bedeutung beigemessen werden. Am Beispiel des Internets teilt sich unsere Gesellschaft bereits in die Gruppe derjenigen, die teilnehmen und derjenigen, die hierzu keinen Bezug haben.

Angesichts der rasanten technologischen Entwicklung ist absehbar, dass

sich diese Schere in Zukunft immer stärker öffnet, wenn bildungspolitisch keine geeigneten Maßnahmen ergriffen werden.

UMSETZUNG

Die Schaffung eines bundesweit einheitlichen Bildungssystems ist in ihrer Umsetzung höchst anspruchsvoll und muss langfristig angelegt sein. Sie darf sich weder an den Interessenlagen heutiger Verantwortlicher noch an Mehrheitsverhältnissen und Legislaturperioden orientieren und bedingt für die Umsetzung einen parteiübergreifenden Konsens im Interesse aller Bürger.

Mit Umsetzung der genannten Eckpunkte kann das heute dreizügig angelegte Schulsystem leichter zusammengefasst werden. So können Klassenverbände zum Vorteil der Schüler länger bestehen bleiben.

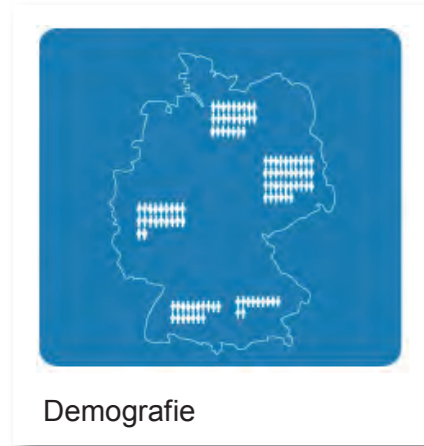
Angesichts der weltweit hohen Innovationsgeschwindigkeit, die alle Lebensbereiche tangiert, wird die Zukunftsfähigkeit Deutschlands im in-

ternationalen Vergleich in hohem Maße davon abhängen, wie ernsthaft diese dringende Bildungsreform vorangetrieben wird. Auch wenn viele Bürger um den Handlungsbedarf wissen, wird der Erfolg stark davon beeinflusst, wie die Bürger eingebunden und über den Veränderungsfortschritt informiert werden.

BürgerRedakteur Bernd Becker

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Bessere Rahmenbedingungen ab dem Kindergarten – deutschlandweit“, „Einheitliches Schulsystem: länger gemeinsam lernen“, sowie „Herstellung einer sozialgerechten Schule“.



Demografie

Wir müssen generationsübergreifende Ideen des Gebens und Nehmens entwickeln! Die Generationen in Deutschland driften immer weiter auseinander. Die vorhandene Infrastruktur passt häufig nicht zu den unterschiedlichen Anforderungen der Generationen. Dabei sind die verschiedenen Altersgruppen aufeinander angewiesen und könnten einander ergänzen und helfen.

BürgerRedakteure Christian Bolte, Heiko Closhen

VORSCHLAG

GEBEN UND NEHMEN FÖRDERN

Der demografische Wandel kann durch die Förderung verschiedener Maßnahmen des Gebens und Nehmens zwischen Jung und Alt, zwischen Arm und Reich, zwischen Bund und Ländern und durch Anreize abgefedert werden. Eine Umkehr des demografischen Ungleichgewichts führt zu Stabilität statt Wachstumsstreben.

BEGRÜNDUNG

Der demografische Wandel kommt ganz sicher und die Trends sind alle schon bekannt. Die Folgen der durch die Altersstruktur entstandenen Schiefelage können nicht einseitig abgefedert werden, sondern nur durch ein Zusammenwirken von Jung und Alt. Wer im hohen Alter Leistungen von der jüngeren Generation erwartet, muss auch selbst in jungen Jahren, im Erwerbsleben und bei vorhandener Leistungsfähigkeit auch danach etwas für andere tun. Für andere etwas zu leisten bedeutet sowohl praktische Tätigkeit als auch finanzieller Ausgleich im Sozialbereich.

Die Lösungen können nicht vom Staat alleine erwartet werden, zusätzliche private Initiativen sind erforderlich. Daher müssen für den Ausgleich des demografischen Faktors neue Lösungsansätze für den Umbau der Sozialsysteme in Form eines Gebens und Nehmens entwickelt werden, um die Werte der Gegenseitigkeit und der

gesellschaftlichen Verantwortung jedes einzelnen stärker in den Mittelpunkt zu stellen.

VORSCHLAG IM DETAIL

Sozialsysteme werden optimiert durch ergänzende Regelungen, die zum Standardmodell des umlagefinanzierten Systems hinzutreten (z. B. vermehrte private Vorsorge). Neben der Grundversicherung durch die umlagefinanzierten Systeme muss jeder Bürger zusätzlich durch private Vorsorge selbst die Verantwortung für sich übernehmen. Erziehungs- und Pflegezeiten von Angehörigen sowie nicht ehelichen Partnern werden angerechnet.

Nach dem jeweiligen Schulabschluss wird gesetzlich ein verpflichtendes soziales Jahr für die männliche und weibliche Bevölkerung eingeführt. Leistungsfähige ältere Mitbürger werden nach dem aktiven Erwerbsleben in den Sozialbereich eingebunden (Ehrenamt).

Der berufliche und private Wissenstransfer wird durch neue Elemente ver-

bessert und ausgeweitet. Zwischen den Generationen wird die Wertschätzung verbessert. Die Partnerschaft von Jung und Alt wird durch Monitoring verbessert.

Für Mehrgenerationenhäuser werden Anreize geschaffen, z. B. durch steuerliche Regelungen, durch verbesserte Infrastruktur, direkte Subventionierung. Menschen, die zusammenwohnen, können sich gegenseitig helfen und haben soziale Kontakte. Ein gegenseitiges Geben und Nehmen ist die beste Voraussetzung, um lange selbstständig zu bleiben.

PRO UND CONTRA

Contra: Die Bürger und die jüngere Generation werden mehr belastet. Mehr private Vorsorge wird erforderlich und führt zu geringerem, persönlich verfügbarem Einkommen. Es entstehen Kosten für die Organisation, politische Diskussion und Kampagnen.

Pro: Die positiven Effekte sind stärker, weil eine größere soziale Gerechtigkeit erreicht wird.



Die Altersarmut wird verringert. Durch zusätzliche private Vorsorge kann das Rentensystem stabilisiert werden. Es wird normal, dass jeder Jugendliche ein soziales Jahr oder ein Umweltjahr leisten muss. Die Wartezeiten durch das soziale Jahr werden auf die Lehrzeit oder auf das Studium angerechnet sowie bei den Renten berücksichtigt. Für das soziale Jahr werden qualifizierte Zeugnisse ausgestellt.

Soziale Kompetenz wird gefördert. Wir alle übernehmen Verantwortung für unser Land, unsere Zukunft und das Miteinander. Im Alter sind wir froh, wenn jemand für uns da ist. Kosteneinsparung können erreicht werden. Die älteren Bürger können länger selbstständig bleiben.

UMSETZUNG

Die Regierung muss aktiv werden und ein soziales Jahr für alle Jugendlichen mit Schulabschluss verpflichtend machen. Die zusätzliche private Vorsorge muss für alle verpflichtend gemacht werden. Sie muss so gestaltet sein, dass

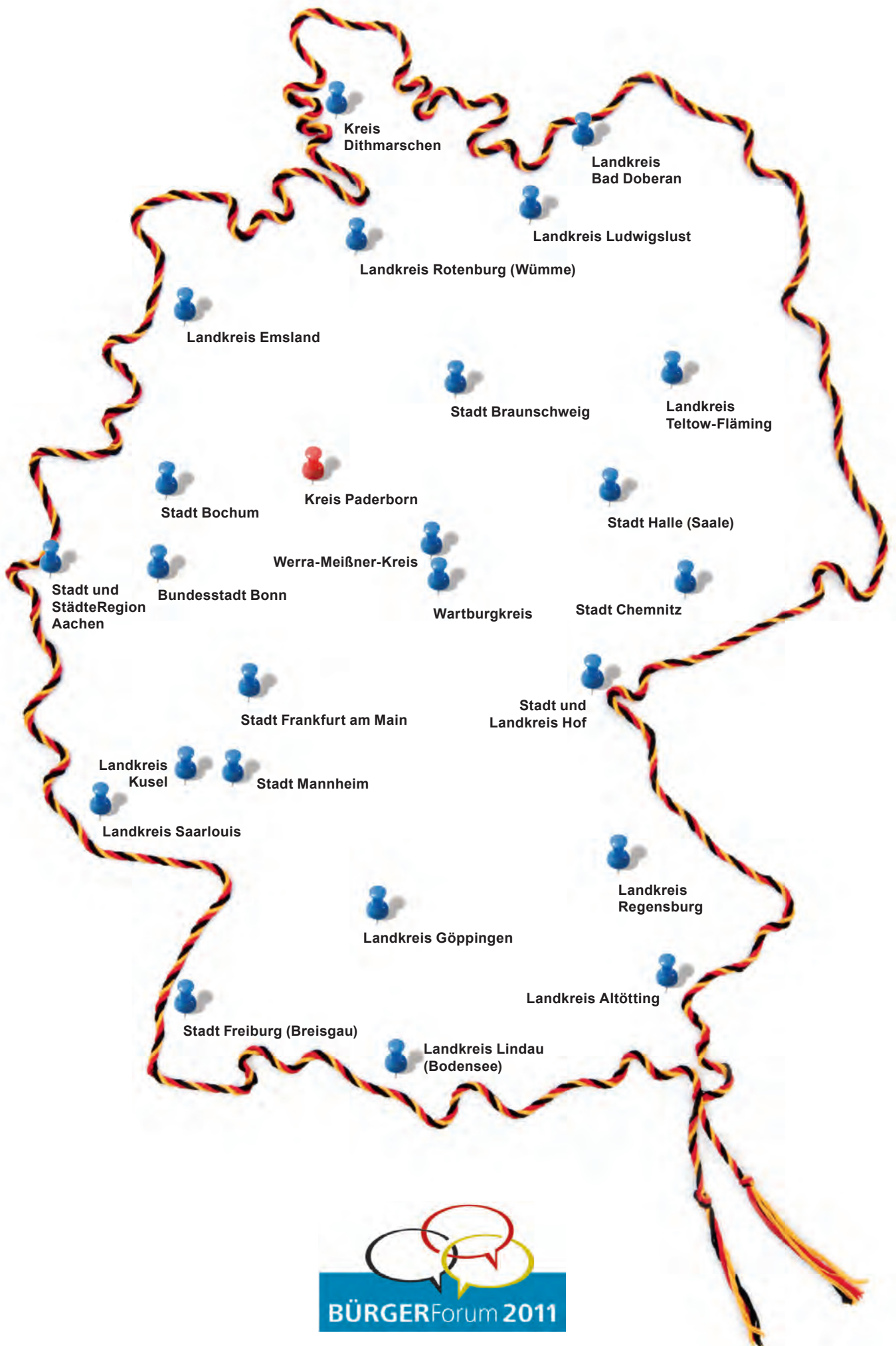
auch Familien mit Kindern durch steuerliche Begünstigungen die Möglichkeit erhalten, sich diese leisten zu können. So wird es auch möglich sein, private Pflichtvorsorgemodelle anzubieten, die von Ehepaaren gleichberechtigt in Anspruch genommen werden können. Insbesondere Kinderlose sollten in der Lage sein, von ihrem Einkommen eine private Vorsorge zu finanzieren.

Die Länder und Gemeinden müssen aktiv werden und die Infrastruktur für Mehrgenerationenhäuser verbessern. Ebenso sollen Gemeinschaftseinrichtungen für mehrere Generationen geschaffen werden (Bibliothek, Gemeinschaftsräume, Begegnungsstätten). Verbände, Vereine und Einrichtungen müssten die zarten Pflänzchen eines kommunikativen demografischen Wandels begleiten.

BürgerRedakteur Heiko Closhen

AUSSERDEM IN DER DISKUSSION

Weitere Vorschläge, über die online in den ersten beiden Wochen in dem Ausschuss diskutiert wurde, haben die Überschriften: „Alle Generationen nach ihren Möglichkeiten an der Arbeit beteiligen“, „Ausgewogenes Verhältnis von jungen und älteren Arbeitskräften“, „Chancen für Raumordnung und Infrastruktur nutzen“, „Erhöhte Abgaben für Kinderlose“, „Jung und Alt gemeinsam statt einsam“, sowie „Mehrgenerationenprojekte“.



Eine Initiative des Bundespräsidenten mit:

| BertelsmannStiftung

≡ Heinz Nixdorf Stiftung